

Theorie und Politik der Bevölkerungsentwicklung (Fortsetzung)

Gliederung:

- 1. Einführung in die Problematik**
 - 2. Die Bevölkerungstheorie von Robert Thomas Malthus**
 - 3. Die Determinanten des Bevölkerungswachstums**
 - 4. Die Geburtenrate**
 - 5. Die Sterberate**
 - 6. Ein- und Auswanderung**
 - 7. Bevölkerungswachstum und Beschäftigung**
 - 8. Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum**
 - 9. Bevölkerungswachstum und Altersvorsorge**
 - 10. Bevölkerungswachstum und Einkommensverteilung**
 - 11. Bevölkerungspolitik erwünscht ?**
 - 12. Bevölkerungspolitische Maßnahmen**
-
- 7. Bevölkerungswachstum und Beschäftigung**

Bei unseren bisherigen Überlegungen fragten wir uns, welche Faktoren die Veränderungen in der Bevölkerungsstärke bestimmen. Die Beantwortung dieser Frage ist notwendig, wenn man auf politischem Wege auf das Bevölkerungswachstum Einfluss nehmen will. Denn nur wenn wir die Ursachen einer unerwünschten Bevölkerungsentwicklung bekämpfen, können wir die Bevölkerungsstärke wirksam beeinflussen.

Wir wollen uns nun in den weiteren Abschnitten der Frage zuwenden, welchen Einfluss Veränderungen in der Bevölkerung auf wichtige wirtschaftliche und allgemein gesellschaftliche Problemgrößen haben. Wie wirkt sich vor allem ein Bevölkerungswachstum, eine Stagnation in den Bevölkerungszahlen oder sogar ein Schrumpfen der Bevölkerung auf den Beschäftigungsgrad, auf die nationale Wohlfahrt, auf die soziale Sicherheit und auf die Einkommensverteilung aus. Beginnen wir mit den möglichen Auswirkungen auf den Beschäftigungsgrad.

Es war vor allem Alvin Hansen, der die These vertrat, dass eine Stagnation im Bevölkerungswachstum Arbeitslosigkeit auslöse. Alvin Hansen zählt zu den Keynesianern. John Mainard Keynes hatte bekanntlich die Auffassung vertreten, dass in Zeiten der Rezession und Depression die private Nachfrage nicht ausreiche, um alle vorhandenen Arbeitskräfte zu beschäftigen. Zwei wesentliche Unterschiede lassen sich jedoch zwischen Keynes und der Mehrzahl der Keynesianer auf der einen und Alvin Hansen auf der anderen Seite feststellen.

Für Keynes war die Unterbeschäftigung in erster Linie ein Problem des konjunkturellen Abschwunges und war deshalb nur kurz- oder mittelfristig zu befürchten. Zwar haben die Nachfolger von Keynes, insbesondere Nicholas Kaldor die ursprünglich lediglich für Abschwungsphasen entwickelte keynesianische Beschäftigungstheorie später auch auf Inflationsprozesse ausgedehnt und somit eine allgemeine Theorie des makroökonomischen Ungleichgewichts entwickelt. Die Aussage, dass es zu bestimmten Zeiten ohne staatliches Eingreifen zu Unterbeschäftigung komme, wurde in die für alle Konjunkturphasen geltende These umgewandelt, der Arbeits- und Gütermarkt besäße keine automatische Tendenz zum Gleichgewicht, es müsse stets damit gerechnet werden, dass das Angebot und die Nachfrage auseinanderfallen können, wobei bei einem Angebotsüberhang Arbeitslosigkeit, bei einem Nachfrageüberhang jedoch Inflation ausgelöst würde.

Alvin Hansen ging es hingegen allein um Unterbeschäftigung. Im Gegensatz zu den übrigen Keynes-Anhängern geht er davon aus, dass Arbeitslosigkeit nicht vorwiegend ein nur kurzfristig auftretendes konjunkturelles

Ereignis sei, sondern vielmehr ein langfristig wirkendes säkulares Problem in Marktwirtschaften darstelle.

Der zweite Unterschied zwischen Keynes und Hansen besteht in der Frage, auf welche Faktoren die Arbeitslosigkeit zurückgeführt werden muss. Für Keynes entsteht Arbeitslosigkeit dadurch, dass vom Kapitalmarkt keine automatischen Gleichgewichtstendenzen ausgehen. Keynes wendet sich gegen das von Jean Baptiste Say formulierte sogenannte Saysche Theorem. Danach könne es gar nicht längerfristig zu einer gesamtwirtschaftlichen Arbeitslosigkeit kommen, da sich jedes Angebot seine Nachfrage schaffe.

Steige das Güterangebot, so entstehe in einem ersten Schritt Einkommen im Umfang des Wertes des Güterangebotes – entweder als Faktor- oder als Gewinneinkommen – und dieses Einkommen werde entweder konsumiert oder gespart; aber auch die Ersparnisse führten letztendlich zu Nachfrage in Form von Investitionsausgaben.

Gegen diese Schlussfolgerungen wandte sich Keynes; seiner Meinung nach bestehe die Gefahr, dass Einkommensteile gehortet werden, also gespart, aber nicht dem Kapitalmarkt für Kredite angeboten würden oder aber dass die von den Banken den Unternehmern angebotenen Kredite von den Unternehmungen nicht nachgefragt würden, auch dann nicht, wenn die Banken die Sollzinsen, zu denen die Kredite verliehen werden, herabsetzen.

Auf der einen Seite sähen sich nämlich die Unternehmer in Zeiten der Depression gezwungen, alle Kostensenkungen, also auch die Senkungen der Zinsen aus Wettbewerbsgründen in Form von Preissenkungen weiterzugeben, sodass also Zinssenkungen in Zeiten des Konjunkturabschwungs gar nicht die Gewinnsituation verbessern könnten. Auf der anderen Seite sähen die Unternehmer in Abschwungsphasen keine Veranlassung, die Produktionskapazität durch Nettoinvestitionen zu erhöhen; wegen Absatzmangels sei die bestehende Produktionskapazität ohnehin schon zu hoch.

Für Alvin Hansen muss jedoch die Arbeitslosigkeit damit erklärt werden, dass die Bevölkerungszahlen in den fortgeschrittenen Industrienationen zurückgehen oder zumindest stagnieren. Ein bestimmtes Bevölkerungswachstum sei jedoch notwendig, damit das Ausmaß der Investitionen der gesamtwirtschaftlichen Sparsumme entspreche.

Auf der einen Seite steige das Sparvolumen mit wachsender Wohlfahrt aus zweierlei Gründen an. Erstens führe das Wachstum des Inlandspro-

duktes ceteris paribus – das heißt bei gleichbleibender Sparquote – zu einer gleich großen prozentualen Steigerung des Sparangebotes. Zweitens würden jedoch die privaten Haushalte wegen einer gewissen Sättigung in der Güternachfrage einen stets größeren Prozentsatz ihres Einkommens sparen, sodass die Sparsumme sogar stärker steige als das Einkommen.

Auf der anderen Seite sinke der Investitionsbedarf bei den meisten Güterproduktionen, da die Unternehmungen zur Verminderung des Investitionsrisikos bestrebt seien, soweit wie möglich zu Investitionen überzuwechseln, bei denen sich die Investitionen in relativ kurzer Zeit amortisieren. So käme es im Zuge der Anwendung einer payoff-Methode zu relativ kurzen Investitionsperioden. Vor allem aufgrund eines schnell voranschreitenden technischen Fortschrittes lohne es sich nicht mehr, die Güter des allgemeinen Konsumbedarfes langlebig zu produzieren; es sei besser, nur eine kurze Lebensdauer vorzusehen, da die Güter über kurz oder lang ohnehin veralten und deshalb durch bessere Güter abgelöst würden.

Es gäbe im Grunde genommen nur zwei Ausnahmen von dieser allgemeinen Tendenz. Auf der einen Seite würden Wohnungen so gebaut, dass sie nach wie vor für viele Jahrzehnte bereitstehen; da auch die industriellen Anlagen zu einem beachtlichen Teil aus Gebäuden und längerfristigen Gütern bestünden, führe die Einrichtung neuer Arbeitsplätze ebenfalls zu einem hohen Investitionsbedarf.

Neue zusätzliche Wohnungen und Arbeitsplätze würden jedoch nur dann benötigt und deshalb nachgefragt, wenn die Bevölkerung ansteige. Bleibe die Bevölkerung konstant, so müsse lediglich in Form von Ersatzinvestitionen der automatisch eintretende Verschleiß dieser langlebigen Güter ersetzt werden. Ein Gleichgewicht auf den Kapitalmärkten sei jedoch nur zu erwarten, wenn der Nettoersparnis auch eine gleichgroße Nettoinvestition gegenüberrete.

Da Vollbeschäftigung aber nur bei einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht auf den Kapitalmärkten garantiert werden könne, bedürfe es eines bestimmten Bevölkerungswachstums, um gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Die Tendenz zur Stagnation oder sogar zum Schrumpfen der Bevölkerungszahlen habe also letztendlich eine säkular anhaltende Massenarbeitslosigkeit ausgelöst, die nur dadurch vermieden werden könne, dass der Staat die fehlende private Nachfrage durch Defizite in den Staatshaushalten ausfülle.

Gegen diese Argumentation lassen sich jedoch mehrere Gründe anführen. Zunächst ist es mehr als fraglich, ob wir tatsächlich damit rechnen müssen, dass mit wachsendem Inlandsprodukt eine Sättigung in der Konsum-

güternachfrage eintritt und deshalb die durchschnittliche Sparquote ansteigt. Joseph Alois Schumpeter hat darauf hingewiesen, dass im Verlauf der Geschichte fast in allen Krisenjahren die These aufgestellt wurde, dass die Konsumgüternachfrage wegen Sättigung nicht mehr weiter ansteigen könne. Schumpeter verweist jedoch auch darauf, dass diese Thesen im weiteren Verlauf der Wirtschaftsgeschichte immer wieder widerlegt wurden. Die gesamtwirtschaftliche Sparquote ist im langfristigen Trend nicht angestiegen.

Diese falschen Prognosen erklären sich dadurch, dass natürlich die Nachfrage nach Nahrungsmitteln in ihren Mengengrößen nicht unbegrenzt steigen kann, ab einem bestimmten Wohlfahrtsniveau steigt jedoch die Konsumnachfrage in erster Linie dadurch, dass vor allem die Qualität der Konsumgüter zunimmt. Schumpeter meint, dass es eben an der mangelnden Phantasie dieser Propheten gelegen habe, sich vorzustellen, auf welche Weise die Konsumnachfrage ausgeweitet werden könne.

Dieses Argument, dass die Nachfrage nach Konsumgütern mit zunehmendem Wachstum notwendigerweise stagniere, ist vor allem auch im Hinblick auf den Wohnungsbedarf und auf den für die Erhaltung von Arbeitsplätzen notwendigen Investitionsbedarf falsch. Auch die Wertsumme der Nachfrage nach Wohnungen steigt mit zunehmendem Reichtum eben nicht nur dann, wenn die Größe der Bevölkerung steigt, auch eine gleichbleibende Zahl an Personen wird für Wohnung bei ansteigendem Inlandsprodukt mehr ausgeben, sei es dass wegen einer geringer werdenden Haushaltsgröße auch bei einer gleichbleibenden Bevölkerungsgröße die Zahl der Haushalte ansteigt, sei es dass Wohnungen mit einer größeren Fläche nachgefragt werden, sei es schließlich dass qualitativ höher werdender Wohnraum benötigt wird.

Auch für den Investitionsbedarf im Zusammenhang mit der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen gilt, dass die Tendenz eindeutig dahin geht, die Qualität der Arbeitsplätze zu erhöhen, einmal deshalb, weil die Produktion zu immer kapitalintensiveren Produktionsanlagen geführt hat, was automatisch den Investitionsbedarf eines Arbeitsplatzes erhöht, zum andern aber auch deshalb, weil mit zunehmendem Reichtum die Forderung entsteht, die Arbeitsplätze sicherer zu machen und die Gefahr von Unfällen am Arbeitsplatz soweit wie immer möglich zu vermindern. Der technische Fortschritt besteht eben nicht nur darin, dass immer weitere Bedürfnisse befriedigt werden können, sondern dass auch die Sicherheit am Arbeitsplatz immer besser erfüllt werden kann.

Investitionen größten Ausmaßes werden jedoch schließlich auch aus umweltpolitischen Gründen erforderlich und erhöhen auf diese Weise die

Nachfrage. Gerade im Zusammenhang mit der Erderwärmung und der einhergehenden Zunahme an Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Orkane und Erdbeben sind enorme Investitionen notwendig, um diesen Katastrophen zu begegnen. Gebäude müssen sicherere Fundamente erhalten, um bei kleineren Erdbeben bestehen zu können, gegen Überschwemmungen von Flüssen müssen stabilere Dämme angelegt werden, die Siedlungen am Meer müssen in den Gebieten, in denen Gefahr droht, von Tsunamis überschwemmt zu werden, stärker ins Inland verlegt werden usw. usf.

Es bleibt also dabei, dass das eigentliche wirtschaftliche Problem der nahen Zukunft nicht darin liegen dürfte, dass wir an den Folgen einer Sättigung leiden, sondern dass nach wie vor Knappheit an materiellen Gütern besteht und dass alle wirtschaftlichen Anstrengungen darauf gerichtet sein sollten, diese Knappheit soweit wie möglich zu überwinden.

8. Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum

Wenden wir uns nun der Frage zu, wie sich Veränderungen in der Bevölkerungsstärke auf das Wachstum des Inlandsproduktes auswirken. Auch hier wird oftmals von der These ausgegangen, dass ein Schrumpfen der Bevölkerung zu einer Reduzierung, ein Anstieg der Bevölkerungsstärke hingegen zu einer Erhöhung des Wachstumsniveaus führe.

Wenn man natürlich mit Alvin Hansen der Meinung ist, dass nur bei einem Bevölkerungswachstum mit Vollbeschäftigung gerechnet werden könne und dass eine Stagnation oder sogar ein Schrumpfen in der Bevölkerungsstärke zu hoher Massenarbeitslosigkeit beitrage, muss man auch davon ausgehen, dass eine Reduzierung in der Bevölkerungsstärke mit einer Verringerung im Wachstumsniveau verbunden ist. Arbeitslosigkeit bedeutet immer, dass Produktionsfaktoren brach liegen und dass deshalb ceteris paribus auch weniger produziert wird als bei Vollbeschäftigung produziert werden könnte.

Selbstverständlich ist hiermit nicht nur gemeint, dass ceteris paribus weniger Menschen auch weniger produzieren; die Produktionsmenge ist stets eine Funktion der eingesetzten Produktionsfaktoren, wenn ein Produktionsfaktor, nämlich Arbeit wegen einer schrumpfenden Bevölkerung zurückgeht, muss auch der Produktionsertrag ceteris paribus zurückgehen.

Ein solcher Rückgang wäre aber auch gar nicht problematisch, da die Wohlfahrt einer Bevölkerung nicht etwa vom absoluten (realen) Inlandsprodukt, sondern vom Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung abhängt. Gemeint ist vielmehr, dass Arbeitslosigkeit auch zu einer Verminderung des Pro-Kopf-Einkommens führt, da die Produktion der gesamten Bevölkerung – also auch den Arbeitslosen – zufließt, aber zur Produktion nur die Erwerbstätigen beitragen.

Dieser Zusammenhang gilt allerdings zunächst nur *ceteris paribus*, wenn also alle anderen Faktoren konstant bleiben. De facto müssen wir jedoch davon ausgehen, dass eine Reduzierung der Produktion und des Arbeitseinsatzes in der Regel mit einem Anstieg im Durchschnittsertrag einhergeht. Wir gehen im allgemeinen von Produktionsfaktoren vom Typ Cobb-Douglas aus und dies bedeutet, dass der Grenz- und damit auch Durchschnittsertrag der Arbeit mit vermehrtem Arbeitseinsatz zurückgeht und somit bei Rückgang der Beschäftigung ansteigt. (Gesetz vom abnehmenden Grenzertrag der Arbeit).

Es kommt noch hinzu, dass die wachsende Arbeitslosigkeit oftmals dadurch ausgelöst wurde, dass aufgrund eines arbeitssparenden technischen Fortschrittes pro Produktionseinheit weniger Arbeitskräfte eingesetzt werden. Das Inlandsprodukt pro Arbeitnehmer steigt hier also auch deshalb, weil technischer Fortschritt stattfand. Also wird man zu dem Ergebnis kommen, dass Arbeitslosigkeit keinesfalls immer zu einer Verminderung im Pro-Kopf-Einkommen führt, dass zumindest der geringere Arbeitseinsatz zum Teil dadurch kompensiert wird, dass pro Arbeitsstunde mehr produziert wird.

Nun hatten wir im vorhergehenden Abschnitt gesehen, dass die These von Alvin Hansen (nur bei starkem Bevölkerungswachstum sei mit Vollbeschäftigung zu rechnen) auf sehr fragwürdigen Annahmen beruht. Wenn es aber nicht zu einer größeren Arbeitslosigkeit aufgrund des fehlenden Wachstum in der Bevölkerung kommt, bleiben natürlich auch die hiermit zusammenhängenden Verluste im Pro-Kopf-Einkommen aus.

Ganz davon abgesehen: Folgen wir der Argumentation Alvin Hansens, so ist die Arbeitslosigkeit und mit ihr der Wachstumsverlust kein Ereignis, dem man tatenlos zusehen muss; Alvin Hansen hat seine Thesen lediglich unter der Annahme entwickelt, dass die Marktwirtschaft sich selbst überlassen bleibt und die Folgerung gezogen, dass bei vermindertem Bevölkerungswachstum der Staat im Sinne keynesianischer Beschäftigungspolitik (also vorwiegend über ein Defizit im Staatshaushalt) für Vollbeschäftigung sorgen muss und auch sorgen kann.

Nun beruhen die Thesen, dass eine schrumpfende Bevölkerung zu einem Rückgang im wirtschaftlichen Wachstum führt, nicht nur auf der Annahme einer hiermit einhergehenden Massenarbeitslosigkeit. Es wird vielmehr oftmals davon ausgegangen, dass der technische Fortschritt und mit ihm das Pro-Kopf-Einkommen entscheidend davon abhängt, ob die Bevölkerung steigt oder stagniert. Nur in einer wachsenden Bevölkerung könne mit technischem Fortschritt größeren Ausmaßes gerechnet werden.

Nun haben wir eingangs gesehen, dass verschiedene Faktoren für die Veränderungen in der Bevölkerung verantwortlich sind. Die Thesen, dass der technische Fortschritt von den Veränderungen in der Bevölkerungstärke abhängt, geht stillschweigend von der Annahme aus, dass diese Veränderungen in der Bevölkerungstärke vorwiegend durch den Verlauf der Geburten- und der Sterberate eine Bevölkerung bestimmt wird. Eine wachsende Bevölkerungsgröße ergibt sich in diesem Falle vor allem aufgrund des Anstiegs der Geburten. Dies führt über kurz oder lang dazu, dass der Anteil der jungen Jahrgänge in der Bevölkerung ansteigt, der Anteil der älteren Arbeitskräfte hingegen sinkt.

Nun geht man im allgemeinen von der Annahme aus, dass jüngere Erwerbspersonen stärker zum technischen Fortschritt beitragen als ältere. Jüngere Personen seien eher bereit, Risiken einzugehen; technischer Fortschritt sei jedoch nur in dem Maße möglich, in dem man zu Risiken bereit sei. Jede Innovation, die ein Unternehmer einführt, ist nämlich insoweit ungewiss, als bei Einführung dieser Innovation nicht bekannt ist, wieweit die neuen Produkte oder Verfahren auch tatsächlich von der Bevölkerung angenommen werden.

Allerdings zeigt dieses Beispiel auch, dass Risikobereitschaft in erster Linie nur vom Unternehmer und nicht von den gesamten Erwerbspersonen, erwartet werden muss und stets ist es immer nur eine kleine Schar von Pionieren, welche das Risiko einer Innovation tatsächlich wagen. Es kommt also dann auch nicht so sehr auf die Zusammensetzung der gesamten Bevölkerung an; wichtig ist nur, dass es eine relativ kleine Zahl von Unternehmern gibt, die bereit sind, das Wagnis einer Innovation einzugehen. Hierbei gilt es auch zu berücksichtigen, dass die Risikobereitschaft auch voraussetzt, dass derjenige, welcher das Risiko auf sich nimmt, über ein hohes Vermögen verfügt, das ihm überhaupt erst die Möglichkeit gibt, riskante Investitionen durchzuführen.

Das Durchschnittsalter einer Bevölkerung kann allerdings auch noch aus einem weiteren Grunde dafür verantwortlich sein, mit welchem technischen Fortschritt gerechnet werden kann. Es kommt nämlich nicht nur

auf die Bereitschaft zum Risiko, sondern auch auf die intellektuelle Fähigkeit von Erwerbspersonen an, in welchem Maße technischer Fortschritt stattfinden kann. Technische Erneuerungen (vor allem im Hinblick auf technische Verfahren) setzen ein hohes Maß an Kenntnissen und damit einen hohen Bildungsgrad voraus. Nun entspricht es allgemeiner Überzeugung, dass die Lernfähigkeit mit dem Alter abnimmt, lernfähig sind vorwiegend nur die jüngeren Jahrgänge. Also wird man vermuten können, dass die intellektuellen Voraussetzungen zu einem starken technischen Fortschritt in einer Bevölkerung mit einem geringeren Durchschnittsalter eher gegeben sind als in einer alternden Bevölkerung.

Während wir bei der Frage nach der Risikobereitschaft davon ausgehen mussten, dass es nur einer relativ kleinen Gruppe risikobereiter Unternehmer bedarf, um technischen Fortschritt auszulösen, geht es bei der Frage nach den intellektuellen Voraussetzungen eines Wirtschaftswachstums viel eher um die Fähigkeiten einer viel größeren Gruppe von Erwerbspersonen. Technischer Fortschritt kann nur stattfinden, wenn die zur Innovation bereiten Unternehmer über ausreichend Führungskräfte verfügen, welche den zur Realisierung dieser neuen Ideen notwendigen Ausbildungsstand aufweisen.

Technische Erneuerungen setzen jedoch auch höhere Anforderungen bei allen anderen Arbeitskräften voraus. Dass heutzutage die Arbeitslosigkeit gerade in den unteren Einkommensklassen besonders hoch ist, hängt im wesentlichen davon ab, dass es den meisten Arbeitslosen in dieser Einkommensgruppe an den Mindestvoraussetzungen einer Ausbildung mangelt. Also wird man durchaus einräumen müssen, dass eine ‚junge‘ Bevölkerung sehr viel eher die Voraussetzungen für einen starken technischen Fortschritt mitbringt als eine alternde Bevölkerung.

Nun werden die Veränderungen in der Bevölkerungsstärke nicht nur durch das Verhältnis von Geburten- und Sterberate bestimmt. Ein Bevölkerung kann auch wachsen, da sehr viel Personen einwandern oder sie kann schrumpfen, da viele Personen in andere Länder auswandern. Fragen wir uns deshalb zum Abschluss dieses Abschnitts, wie sich die Wanderungsströme auf das wirtschaftliche Wachstum einer Volkswirtschaft auswirken. Wir haben hierbei zwischen der Situation der Länder mit einem Einwanderungssaldo und mit einem Auswanderungssaldo zu unterscheiden.

Beginnen wir mit der Analyse eines Einwanderungslandes. Der Zustrom von Personen aus dem Ausland dürfte sicherlich kaum das Wachstumsniveau einer Volkswirtschaft nachhaltig beeinflussen, wenn die Bevölkerungsstruktur im Hinblick auf das Alter und den Bildungsstand von die-

sen Strömen unberührt bliebe. Es sind vielmehr die durch eine Einwanderung ausgelösten Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, welche das wirtschaftliche Wachstum einer Volkswirtschaft nachhaltig beeinflussen.

Als zu Beginn der 60er Jahre Arbeitskräfte (die sogenannten Gastarbeiter) ins Land geholt wurden, ging es in erster Linie darum, einen generellen Mangel an Arbeitskräften auszugleichen, die zur Befriedigung einer bestehenden Nachfrage benötigt wurden; also hat dieser Einwanderungsstrom auch dazu beigetragen, dass der Wachstumsprozess aufrechterhalten werden konnte. In ähnlicher Weise kann davon gesprochen werden, dass der Versuch, seit den 90er Jahren spezielle Facharbeitskräfte einzuwandern zu lassen, ebenfalls dazu beitrug, ein sonst ausbleibendes Wachstum mangels Facharbeitskräfte zu ermöglichen.

Umgekehrt gilt natürlich, dass die Zuwanderung von Arbeitskräften mit niedrigem Bildungsniveau Arbeitslosigkeit verursacht und auf diesem Wege auch das Wachstumsniveau beeinträchtigt. Gerade der Umstand, dass viele der Zugewanderten der deutschen Sprache nicht mächtig sind, hat auch den notwendigen Ausbildungsstand verschlechtert und hat auf diese Weise deren Beschäftigung erschwert und damit auch letztlich das Wachstumsniveau der Volkswirtschaft vermindert.

Fragen wir uns nun nach den möglichen Auswirkungen der Wanderungsströme im Auswanderungsland. Wenn den Führungskräften im Ausland bessere Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden und wenn ein Großteil dieser Führungskräfte von diesen Möglichkeiten Gebrauch macht und ins Ausland abwandert, so hat dies sicherlich negative Auswirkungen auf Beschäftigung und Wachstum im Inland. Gerade der Umstand, dass bestimmte Führungsstellen nicht besetzt werden können, vermindert nicht nur das innovative Potential der Volkswirtschaft, sondern verschlechtert auch die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer allgemein, da mangels Fachkräfte die Produktion an sonstigen lukrativen Aufträgen nicht aufgenommen werden kann.

Allerdings können unter gewissen Voraussetzungen auch in einem Auswanderungsland die Wachstumschancen steigen. Dies gilt vor allem für Länder, welche noch am Anfangsstadium der wirtschaftlichen Entwicklung stehen. Es herrscht in diesen Ländern hohe Arbeitslosigkeit, von der Auswanderung sind vor allem Arbeitslose betroffen, sodass auch keine Minderung der inländischen Produktion zu befürchten ist; gleichzeitig brauchen auch weniger Arbeitslose finanziell von Seiten der Regierung unterstützt werden, sodass finanzielle Mittel in stärkerem Maße als bisher zur Förderung der Produktion eingesetzt werden können.

Das wirtschaftliche Wachstum kann darüber hinaus auch dadurch gestärkt werden, dass die ausgewanderten Arbeitskräfte einen Teil ihres Einkommens sparen und ihren Angehörigen im Auswanderungsland überweisen, was automatisch einen Zustrom an Devisen auslöst, die für den Ankauf wichtiger Rohstoffe oder Industrieanlagen eingesetzt werden können.

Schließlich trägt auch der Umstand, dass diese Arbeitskräfte nach einer Reihe von Jahren als im Ausland ausgebildete Fachkräfte in ihre Heimatländer zurückkehren, dazu bei, die inländische Produktion zu vergrößern und zu verbessern.

9. Bevölkerungswachstum und Altersvorsorge

Nach einer weitverbreiteten Auffassung führt eine Reduzierung der Bevölkerungsgröße zu katastrophalen Auswirkungen im Zusammenhang mit der Altersvorsorge. Gehen wir von einem Sozialversicherungssystem aus, das wie in der BRD auf dem Umlageverfahren beruht. Danach werden die heute anfallenden Altersrenten aus den heute eingezahlten Beitragseinnahmen der arbeitenden Bevölkerung finanziert. Eine schrumpfende Bevölkerung kommt im allgemeinen dadurch zustande, dass die Zahl der Erwerbstätigen – aufgrund eines Rückganges in der Geburtenrate vor etwa 20 Jahren – immer geringer wird.

Das Zahlenverhältnis zwischen den Rentnern und der erwerbstätigen Bevölkerung verschlechtert sich aufgrund dieser demographischen Entwicklung immer mehr; während in der Vergangenheit etwa 3 Erwerbspersonen mit ihren Beiträgen zur Altersversicherung die Renten eines Rentners zu finanzieren hatten, bewegen wir uns in Zukunft auf eine Situation zu, bei der jeder Erwerbstätige etwa 65% einer Rente mitzutragen hat.

Nun könnte man auf den Gedanken kommen, dass man eben die Rentenversicherung auf das Kapitaldeckungsverfahren umstellen müsse, um diese Schwierigkeiten zu umgehen. Bei einem Kapitaldeckungsverfahren werden dem Prinzip nach die heutigen Renten aus dem Kapitalstock finanziert, der in der Vergangenheit aus den Beiträgen des damaligen Erwerbstätigen gebildet wurde. Es hat also den Anschein, dass die Altersversicherung in diesem Falle in keine Schwierigkeiten gerate, da unabhängig von der Anzahl der heutigen Erwerbstätigen der in der Vergangenheit aufgebaute Kapitalstock ausreicht, um die Renten wie vorgesehen auszuzahlen.

Gegen eine solche Betrachtungsweise hatte Gerhard Mackenroth bereits in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts eingewandt, dass dies eine mikroökonomische Betrachtung sei, dass gesamtwirtschaftlich betrachtet jede Rente unabhängig vom jeweiligen Finanzierungssystem (Umlage versus Kapitaldeckung) letztlich von der jeweils arbeitenden Bevölkerung finanziert werden müsse. Gesamtwirtschaftlich sei es gar nicht möglich, in der Vergangenheit Ersparnisse aufzubauen und diese dann in der Zukunft für den Ankauf von Konsumgütern zu verwenden. Produziert würden immer nur die Güter, für welche eine Nachfrage geäußert werde.

Eine Zunahme in der Ersparnis und der damit verbundene Rückgang in der Konsumgüternachfrage führe nämlich automatisch dazu, dass diese Güter gar nicht produziert werden. Das Inlandsprodukt gehe vielmehr zurück. Infolgedessen könne gesamtwirtschaftlich betrachtet auch gar nicht auf einen in der Vergangenheit aufgebauten Kapitalstock zurückgegriffen werden, um die heute auszahlenden Renten zu finanzieren. Die Konsumgüter, welche die Rentner mit ihren Renten heute kaufen, müssen von den heutigen Erwerbspersonen produziert werden und stehen deshalb auch nicht mehr für die heutigen Erwerbstätigen zum Kauf zur Verfügung.

Diese Schlussfolgerungen ergeben sich allerdings in dieser Konsequenz nur aus einer keynesianischen Betrachtung. John Mainard Keynes hatte bekanntlich die Meinung geäußert, dass ein Rückgang in der Konsumnachfrage in Zeiten des Konjunkturabschwungs und die damit verbundene Mehrersparnis keinesfalls stets zu einer Zunahme der Investitionsnachfrage führe, da die Unternehmer in einer Zeit des Absatzrückganges bereits über zu große Produktionskapazitäten verfügten und deshalb auch bei Zinssenkungen nicht bereit seien, die Produktionskapazität auszuweiten.

Nun mag diese Argumentation schlüssig erscheinen, soweit man sich auf Erweiterungsinvestitionen beschränkt. In der Tat wird man davon ausgehen müssen, dass der Umfang der Erweiterungsinvestitionen in Zeiten von Absatzkrisen durch Zinssenkungen nicht vergrößert werden kann. Neben Erweiterungsinvestitionen gibt es jedoch noch Rationalisierungsinvestitionen, die nicht in erster Linie dazu dienen, die Produktionskapazität zu vergrößern, sondern die Absatzchancen durch Kostensenkungen sowie durch Verbesserung der Güterqualitäten zu erhöhen. Aber gerade in Zeiten der Absatzkrisen besteht ein großer Bedarf an solchen Rationalisierungsinvestitionen, da die Unternehmer nur auf diesem Wege die Möglichkeit erhalten, die Absatzchancen wiederum zu vergrößern.

Bezieht man jedoch die Rationalisierungsinvestitionen in die Betrachtung mit ein, so ist die Argumentation von Mackenroth keinesfalls mehr schlüssig. Es ist nun nicht mehr zwingend, dass eine Mehrersparnis automatisch zu einem Rückgang des Inlandsproduktes führt. Dies wäre nur dann zwingend, wenn es in Zeiten des Konjunkturabschwunges nicht möglich wäre, durch Mehrersparnis und eine hierdurch verursachte Zinssenkung eine Zunahme der Gesamtinvestition herbeizuführen. Keynes hat nur nachgewiesen, dass der Umfang der Erweiterungsinvestitionen, nicht aber der Gesamtinvestitionen auf Zinssenkungen nicht reagiert.

Es ist also in begrenztem Maße durchaus möglich, dass in der Vergangenheit Ersparnisse angelegt werden mit der Absicht, diese zur Finanzierung der zukünftigen Renten zu verwenden. In den vergangenen Perioden führt diese Mehrersparnis zu einer Verbesserung der Produktionskapazität und der Wert des Inlandsproduktes steigt. Wenn nun in der Gegenwart diese Ersparnisse zur Finanzierung der Renten wiederaufgelöst werden sollen, so wird die Wertsumme der Produktionskapazität wieder zurückgefahren. Natürlich ist es nicht möglich, einfach Maschinen für den Konsum der Rentner zu verwenden, Maschinen lassen sich bekanntlich nicht konsumieren. Dies ist aber auch nicht notwendig. In jeder Periode steht ein Bedarf an Ersatzinvestitionen an, da die Produktion und auch die Entwicklung des technischen Fortschrittes stets zu einem Verschleiß der Produktionsanlagen führt, der durch Ersatzinvestitionen ausgeglichen werden muss.

Will man nun die Produktionskapazität zurückfahren, so gelingt dies einfach dadurch, dass man auf einen Teil dieser Ersatzinvestitionen verzichtet. Dadurch werden Produktivkräfte, welche bisher im Investitionsgüterbereich beschäftigt waren, freigesetzt und können somit zu einer zusätzlichen Produktion von Konsumgütern eingesetzt werden. Die heutige Entspargung geht also nicht notwendigerweise auf Kosten der heutigen Erwerbstätigen. Zur Alimentierung der Renten können sehr wohl mehr Konsumgüter produziert werden, sodass in diesem Falle die Renten realiter und gesamtwirtschaftlich gesehen auch gar nicht von der Erwerbstätigen Bevölkerung finanziert werden müssen.

Natürlich ist dieses Zurückfahren der Produktionskapazität maximal nur im Umfang der Ersatzinvestitionen möglich. Realistisch betrachtet steht jedoch bei dem zu befürchteten Rückgang der Bevölkerung längst nicht eine Summe zur Diskussion, welche Verringerungen in der Produktionskapazität verlangen, welche über den Umfang der Ersatzinvestitionen hinausgehen.

Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass zu keiner Zeit zur Finanzierung der heutigen Renten nur Entsparprozesse eingeleitet werden. Gerade weil es Erwerbstätige gibt, wird bei Anwendung des Kapitaldeckungsprinzips immer auch ein neuer Kapitalstock aufgebaut, sodass die gesamtwirtschaftliche Produktionskapazität nur im Umfang des Saldos zwischen Neuersparnissen und Entsparprozessen zurückgefahren werden muss.

Natürlich würden katastrophale Auswirkungen zu erwarten sein, wenn es im Augenblick darum ginge, dass eine Bevölkerung völlig aussterbe und dies darüber hinaus in einem relativ kurzen Zeitraum. Hier bestünde in der Tat die Gefahr, dass Entsparprozesse notwendig würden, die den Umfang der Ersatzinvestitionen überstiegen. Aber ein solches Szenarium steht im Augenblick auch gar nicht zur Diskussion. Das gegenwärtig vorliegende Bevölkerungsproblem besteht darin, dass in einer Reihe von hochentwickelten Staaten die Bevölkerungszahlen rückgängig sind und es entsteht die Frage, ob ein begrenzter Rückgang der Bevölkerungsstärke ohne verheerende Auswirkungen auf die Altersvorsorge möglich erscheint.

Betrachtet man die Entwicklung der Weltbevölkerung in den vergangenen Jahrhunderten, so lässt sich zweierlei feststellen. Dem Rückgang der Bevölkerung in einigen hochentwickelten Staaten steht eine explosionsartige Vermehrung der Bevölkerung in den heutigen Entwicklungsländern gegenüber. Diese Vermehrung der Bevölkerung in den Entwicklungsländern übersteigt bei weitem den Rückgang der Bevölkerung in den hochentwickelten Staaten. Aus der Sicht der Weltbevölkerung besteht eher die Gefahr, dass die potentiellen Produktionskapazitäten (vor allem die vorhandenen Rohstoffe) nicht ausreichen, um die gesamte Weltbevölkerung in befriedigendem Ausmaß zu ernähren.

Zweitens zeigt diese Entwicklung aber auch, dass die am meisten in wirtschaftlicher Hinsicht entwickelten Volkswirtschaften die Bevölkerungsstagnation überwunden haben und einen leichten Anstieg in den Geburtenzahlen aufweisen.

Es gilt weiterhin zu berücksichtigen, dass der technische Fortschritt dazu beiträgt, die oben geschilderten Schwierigkeiten bei der Altersvorsorge zu reduzieren. Unterstellen wir einen neutralen technischen Fortschritt, bei dem also bei gleichbleibenden Einsatzverhältnis der Produktionsfaktoren pro Faktoreinheit mehr produziert werden kann, so kann die Finanzierung der Rentenlasten auch bei einem Rückgang der Erwerbstätigen gesichert werden, ohne dass das verbleibende Nettoeinkommen der Erwerbstätigen in zu starkem Maße zurückgeht. Dies gilt a fortiori für den

Fall, dass der technische Fortschritt arbeitssparend ausfällt, in diesem Falle werden Arbeitskräfte durch Kapital ersetzt.

In Science Fiktion Romanen wird oftmals die Idee entwickelt, dass die Volkswirtschaften gar keiner Arbeitskräfte mehr bedürfen, da die früheren Aufgaben der Arbeitnehmer voll von Robotern übernommen würden. Dass in der Tat Substitutionsprozesse in diese Richtung möglich sind, ist unbestritten, dass aber Roboter die Arbeitskraft vollkommen ersetzen können, ist unwahrscheinlich, schließlich bedarf es immer des menschlichen Einsatzes um die Produktionsprozesse zu überwachen und an die stets eintretenden Veränderungen in der Umwelt anzupassen.

Aber gerade der tatsächlich stattfindende Substitutionsprozess von Arbeit durch Kapital bringt es mit sich, dass auch Individuen, welche von ihrem Alter aus nicht mehr in der Lage sind, ihre Arbeitskraft produktiv einzusetzen, nach wie vor durch Angebot von Ersparnissen durchaus zur Produktion der Güter beitragen können.

Bei unseren bisherigen Überlegungen haben wir stillschweigend unterstellt, dass das Schrumpfen einer Bevölkerung allein (oder vielleicht auch nur überwiegend) dadurch zustande kommt, dass die Geburtenrate zurückgeht und unter Umständen gleichzeitig die durchschnittliche Lebenserwartung ansteigt. Die Bevölkerungsstärke kann allerdings – wie eingangs festgestellt – auch durch Wanderungsprozesse beeinflusst werden. Fragen wir uns deshalb zum Abschluss dieses Abschnitts wie sich eine Reduzierung der Bevölkerung aufgrund von Auswanderungen auf die Altersversorgung auswirkt.

Ob die befürchteten Wirkungen hier zu erwarten sind, hängt natürlich entscheidend davon ab, welche Altersgruppen vorwiegend auswandern. Verlassen vorwiegend die jungen arbeitsfähigen Erwerbspersonen das Land und bleiben vorwiegend die bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Rentner im Land, so verschlechtern sich selbstverständlich wie bei einem Rückgang der Geburtenrate die Möglichkeiten einer befriedigenden Altersvorsorge.

Umgekehrt wäre es durchaus denkbar, dass dann, wenn die Altersstruktur der Bevölkerung unverändert bliebe, wenn also alt und jung in gleichem Maße auswanderten, wie sie in der Bevölkerung vertreten sind, überhaupt keine zusätzlichen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Altersvorsorge auftreten würden. Die Zahl der Erwerbstätigen würde sich zwar verringern, die finanzielle Belastung dieser Bevölkerungsgruppe aufgrund der Sozialversicherungsbeiträge würde jedoch unverändert bleiben, da ja auch weniger Rentner übrig geblieben wären. Es muss hier

allerdings vorausgesetzt werden, dass die auswandernden Rentner durch die Auswanderung ihren Rentenanspruch verlieren.

10. Bevölkerungswachstum und Einkommensverteilung

Unsere bisherige Analyse befasste sich vorwiegend mit den Auswirkungen einer Veränderung in der Bevölkerungsstärke, welche von Veränderungen in der Geburtenrate oder in der durchschnittlichen Lebenserwartung ausgehen. Wenn wir in dem folgenden Abschnitt die Frage untersuchen, inwieweit die Einkommensverteilung von diesen demographischen Prozessen beeinflusst wird, geht es hingegen vor allem um Auswirkungen, welche durch Wanderungsprozesse ausgelöst werden.

In dem Abschnitt über die Wanderungsprozesse als Bestimmungsgrund einer Veränderung in der Bevölkerungsstärke hatten wir bereits darauf hingewiesen, dass zumindest freiwillige Wanderungen vor allem deshalb durchgeführt werden, um die Lebenslage der Wandernden auf diese Weise zu verbessern. Der wichtigste wirtschaftliche Bestimmungsgrund für Wanderungen ist das Einkommensgefälle zwischen den einzelnen Volkswirtschaften, gewandert wird – beschränken wir uns auf die wirtschaftlichen Bestimmungsgründe – vor allem aus den Ländern mit geringem Einkommen in die Länder mit hohem Einkommen.

Dieser Wanderungsprozess bewirkt nun seinerseits eine Reduzierung im Einkommensgefälle, die Auswanderung aus den Niedriglohnländern bewirkt dort eine zunehmende Knappheit des Faktors Arbeit mit der Konsequenz, dass in diesen Ländern der Lohnsatz die Tendenz hat anzusteigen. Umgekehrt gilt, dass in den Einwanderungsländern die Knappheit des Faktors Arbeit zurückgeht mit der Folge, dass dort die Lohnsätze tendenziell sinken oder zumindest nicht so stark steigen, wie sie ohne diese Wanderungsprozesse gestiegen wären.

Da allerdings immer auch immaterielle Determinanten die Wanderungsprozesse beeinflussen, kann man nicht damit rechnen, dass diese Prozesse zu einer vollkommenen Angleichung der Lohnsätze führen. Aber immerhin bleibt bestehen, dass sich die internationalen Einkommen annähern, dass also Einkommensunterschiede zum Teil abgebaut werden.

Dieser Angleichungsprozess zwischen den internationalen Lohnsätzen bewirkt nun gleichzeitig eine Korrektur der in der Einkommensstruktur der einzelnen von der Wanderung betroffenen Volkswirtschaften. Im Auswanderungsland verbessern sich die Löhne im Vergleich zu den Kapi-

taleinkommen, im Einwanderungsland hingegen verschlechtert sich die Position der Arbeitnehmer.

Nun haben Heckscher und Ohlin in dem bekannten Theorem des Faktorpreisausgleichs nachgewiesen, dass diese der Wanderung von Arbeitskräften zugedachten Ausgleichstendenzen auch durch den internationalen Güterhandel erreicht werden können. Besteht Freihandel, so werden sich die einzelnen Volkswirtschaften immer auf die Güter spezialisieren, in denen sie komparative Vorteile besitzen. Ist ein Land z. B. im Vergleich zu Arbeitskräften reichlich mit Kapital ausgestattet und ist deshalb Kapital im Verhältnis zu Arbeit billig, so lohnt es sich für diese Volkswirtschaft, sich auf kapitalintensive Produkte zu spezialisieren und diese auszuführen, um im Austausch hierzu arbeitsintensive Produkte einzuführen.

Diese Spezialisierung führt nun dazu, dass in diesem Land Arbeit weniger knapp wird und dies hat in einer Marktwirtschaft zur Folge, dass die Lohnsätze weniger als bisher steigen. Der umgekehrte Prozess findet in dem Land statt, in dem die Arbeit reichlich vorhanden ist. Auch hier können wir also davon ausgehen, dass der internationale Handel automatisch zu einer Annäherung der internationalen Lohnsätze (Faktorpreisverhältnisse) führt, das Land mit der geringeren Lohnhöhe wird Lohnsteigerungen, das Land mit den relativ hohen Löhnen hingegen Einbußen in der Lohnsteigerungsrate erfahren.

Also genau der Anpassungsprozess, der traditionell dem Wanderungsprozess zugedacht wird, kann auch durch internationalen Handel erreicht werden. Auch von der ‚Wanderung‘ der Güter gehen der Tendenz nach die gleichen Anpassungsprozesse wie von der Wanderung der Arbeitskräfte aus.

Nun müssen wir damit rechnen, dass jede Wanderung mit materiellen sowie immateriellen Kosten verbunden ist. Bei einer Wanderung von Personen entstehen Umzugskosten, die Staaten erheben Gebühren bei der Ein- oder Auswanderung, die Auswandernden müssen sich an andere Sitten und Gebräuche gewöhnen, sie müssen den regelmäßigen Kontakt zu ihren bisherigen Freunden aufgeben und neue Kontakte knüpfen.

In ähnlicher Weise verursacht auch der internationale Handel Kosten, z. B. Frachtkosten, Importzölle etc. Man wird aber im allgemeinen davon ausgehen können, dass die mit dem Wanderungsprozess verbundenen Kosten um ein vielfaches höher sind als die Kosten, welche der internationale Handel verursacht. Also wird man aus wohlfahrtspolitischen Überlegungen heraus feststellen müssen, dass die erwünschte Annäherung der

Faktorpreisverhältnisse im In- und Ausland nach Möglichkeit durch internationalen Handel und weniger durch Wanderungsprozesse erreicht wird. Für eine Volkswirtschaft ist der internationale Güterhandel wesentlich billiger als Wanderungsprozesse zwischen den Volkswirtschaften. Es kommt noch hinzu, dass Faktorwanderungen weitgehend irreversibel sind, während Güterströme auch wiederum umgelenkt werden können, sodass hier fehlerhafte Entscheidungen relativ leicht korrigiert werden können.

Nun hat allerdings James Eduard Meade aufgezeigt, dass trotz dieser generellen Tendenz dem Wanderungsprozess immer noch in wohlfahrtspolitischer Hinsicht eine positive Funktion zugedacht werden kann.

Meade hat nämlich nachgewiesen, dass Faktorwanderungen trotz des Heckscher-Ohlin-Zusammenhangs erwünscht sein können. So setzt z.B. das Heckscher-Ohlin-Theorem identische Produktionsfunktionen voraus, wird diese Annahme aufgehoben, führt Freihandel zu keinem vollständigen Ausgleich. Damit können durch Wanderung zusätzliche Produktivitätsgewinne herbeigeführt werden. Vor allem zeigt das Leontief-Paradoxon, dass in der Realität nicht alle Bedingungen für eine Faktorpreisausgleichstendenz im Sinne des Heckscher-Ohlin-Theorems gegeben sind. Auch aus diesen Gründen kann eine Faktorwanderung zusätzliche Wohlfahrtsgewinne bringen.

Andererseits gilt auch, dass Wanderungen unter bestimmten Bedingungen wohlfahrtsmindernd wirken können. Wanderungen werden durch Preisdifferenzen ausgelöst. Nur dann, wenn die Preisdifferenzen Unterschiede in den Grenzproduktivitäten widerspiegeln, führt die Wanderung zu einer Wohlfahrtsteigerung. Wenn Löhne marktbedingt über der Produktivität liegen, kann u. U. eine Wanderung zu einer Bewegung zu den weniger produktiven Beschäftigungen führen.

11. Bevölkerungspolitik erwünscht ?

In den Anfangsjahren der Bundesrepublik galt eine aktive Beschäftigungspolitik lange Zeit als verpönt. Der Grund hierfür lag in der Art, wie die Nationalsozialisten Beschäftigungspolitik begründet und durchgeführt hatten. Ihnen ging es darum, ihre wahnsinnigen Rassenideen durchzusetzen, nach denen es überlegene (Germanen) und unterlegene Rassen (Juden) gäbe und die unterlegenen Rassen zu vernichten seien. Die Förderung der überlegenen Rassen verfolgte hierbei den vorrangigen Zweck, dass möglichst viele Babys geboren werden, um später über ausreichend

Personen für kriegerische Zwecke und für eine Besiedlung neu erobelter Räume im Osten zu verfügen.

Eine klare Absage an solche verbrecherischen Ziele kann jedoch nicht bedeuten, dass jede Art von aktiver Bevölkerungspolitik unerwünscht ist. Die vorhergehenden Abschnitte über die Auswirkungen einer Stagnation und eines Schrumpfens in der Bevölkerungstärke hat gezeigt, dass es durchaus notwendig sein kann, über aktive politische Maßnahmen auf die Bevölkerung Einfluss zu nehmen, natürlich unter Beachtung der allgemeinen sittlichen Wertvorstellungen.

Bejaht man eine solche Einflussnahme grundsätzlich, so muss man sich darüber klar werden, auf welchem Wege eine solche Einflussnahme erfolgen soll. Da wir zwischen vier Bestimmungsgründen der Bevölkerungsentwicklung (Geburtenrate, Sterberate, Ein- und Auswanderung) unterschieden haben, lässt sich der politische Einfluss grundsätzlich über jeden dieser Determinanten erreichen. Man kann sich in den Ländern, in denen ein Rückgang der Bevölkerungstärke zu befürchten ist, darum bemühen, die Geburtenrate zu erhöhen, die Sterblichkeit zu reduzieren und den Wanderungssaldo möglichst zugunsten einer Nettoeinwanderung zu beeinflussen.

Umgekehrt gilt für die Länder, in denen eine zu starke Bevölkerungsexplosion zu befürchten ist, dass eine Bevölkerungspolitik den Versuch unternehmen sollte, die Geburtenraten zu reduzieren, die Sterblichkeit zu verringern, eine Auswanderung per saldo zu begünstigen und natürlich in erster Linie Anstrengungen zur Ausweitung des Nahrungsspielraumes zu unternehmen.

Welchen dieser Wege man beschreitet, hängt natürlich in erster Linie auch von grundsätzlichen sittlichen Wertvorstellungen der Bevölkerung ab. Zwar wird der Versuch, die Sterblichkeitsrate vor allem auch jüngerer Jahrgänge zu reduzieren, wohl kaum sittlichen Bedenken ausgesetzt sein. Bei dem Bemühen, die Geburtenrate (vor allem in reduzierender Weise) zu beeinflussen, dürften schon eher je nach religiösen Bindungen für viele mögliche Maßnahmen sittliche Bedenken bestehen. So werden vor allem von der christlichen Religion viele Maßnahmen der künstlichen Verhütung abgelehnt.

In den hochentwickelten Staaten mit der Gefahr einer Bevölkerungsstagnation liegt es nahe, die Lösung darin zu sehen, dass man die Einwanderung aus den Ländern begünstigt, die ohnehin einen Bevölkerungsüberschuss aufweisen. Man muss sich allerdings darüber im Klaren sein, dass auf diesem Wege nur eine befriedigende Lösung erreicht werden kann,

wenn es gelingt, die Einwandernden in die Gesellschaft zu integrieren. Gerade die Tatsache, dass es in der Vergangenheit nicht gelungen ist, für diese Bevölkerungsgruppe einen ausreichenden Bildungsstand zu erreichen, hat dazu geführt, dass die Arbeitslosigkeit sowie die Kriminalitätsrate bei Einwandernden wesentlich höher ist als bei dem Rest der Bevölkerung.

12. Bevölkerungspolitische Maßnahmen

Wir hatten oben gesehen, dass der Rückgang in der Geburtenrate in den hochentwickelten Volkswirtschaften unter anderem auch damit erklärt werden muss, dass Kinder in der mittelalterlichen Gesellschaft sowie zu Beginn der Industrialisierung für die Eltern in Arbeiterfamilien Ertragssteigerungen brachten, die Kinder wurden schon sehr früh zur Beteiligung an der Produktion eingesetzt und verbesserten auf diese Weise die materielle Lage der Familien, auf der anderen Seite konnten Eltern damit rechnen, dass sie dann, wenn sie alt und nicht mehr erwerbstätig sind, von ihren Kindern, welche in der Zwischenzeit das erwerbstätige Alter erreicht haben, miternährt werden konnten.

Die heutigen Verhältnisse zeichnen sich hingegen dadurch aus, dass Kinder im Zusammenhang mit der Ausbildung, aber auch dem gestiegenen Konsumstandard in erster Linie Kosten- und keine Ertragsfaktoren mehr darstellen und dass darüber hinaus eine gesetzliche Altersversorgung den Bedarf im Alter im allgemeinen garantiert, sodass die Altersvorsorge auch ohne eigene Kinder garantiert werden kann. Der Wunsch nach Kindern ging deshalb mit der Weiterentwicklung der Gesellschaft zurück. Da die Entwicklung sicherer Verhütungsmaßnahmen gleichzeitig gestattete, dass ein Geschlechtsverkehr möglich wurde, ohne das Risiko einzugehen, Kinder zu gebären, ging die Geburtenrate sogar drastisch zurück.

Es lag nahe, dass man die Geburtenrate wiederum dadurch zu erhöhen versuchte, dass man den Eltern Prämien in Abhängigkeit von der Zahl der eigenen Kinder gewährte, in der Hoffnung, dass deshalb der Kinderwunsch wieder ansteige und die Geburtenrate erhöht werde. Die Erfahrungen in der Vergangenheit vor allem im Zusammenhang mit den von der französischen Regierung in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg eingeleiteten bevölkerungspolitischen Maßnahmen haben jedoch gezeigt, dass Prämien, welche allein nach der Kinderzahl gestaffelt werden, einen recht geringen Einfluss auf die Zahl der Geburten ausüben.

Der Grund für diesen geringen Erfolg dürfte einmal darin liegen, dass die vom Staat gewährten Kinderprämien zumeist zu gering waren, um die tatsächlichen mit der Ernährung und Erziehung verbundenen Kosten aufzuwiegen und dass zum anderen diese Maßnahmen weitgehend erfolglos blieben, da die Bereitschaft zu eigenen Kindern oftmals auch deshalb gering sein dürfte, weil Mütter nur dann ihrem Wunsch, erwerbstätig zu sein, entsprechen können, wenn nicht nur ein Teil der Erziehungskosten übernommen wird, sondern die Kinder während der Erwerbszeit beider Eltern in Bildungsstätten (Kindergärten, Ganztagschulen etc.) untergebracht sind. Maßnahmen zur Steigerung der Geburtenrate dürften deshalb nur dann erfolgreich sein, wenn der Staat bereit ist, neben Zuschüssen zur Kindererziehung zusätzlich dafür Sorge zu tragen, dass die Kinder erwerbstätiger Eltern während der Erwerbszeit sich in Bildungseinrichtungen aufhalten können.

Wenn wir die Vielzahl von Faktoren berücksichtigen, welche die Sterberate und die Lebenserwartung tatsächlich bestimmen, so wird deutlich, dass der bevölkerungspolitische Erfolg auch davon entscheidend abhängen wird, inwieweit es gelingt, diese sonstigen Determinanten positiv zu beeinflussen. Hierzu zählt das Bemühen, den Verkehr und die Arbeit in den Betrieben, aber auch in den Haushalten sicherer zu machen, weiterhin durch Vorsorge und medizinischen Fortschritt die Gefahr von tödlich ausgehenden Krankheiten zu verringern und die zahlreichen Naturkatastrophen in den Griff zu bekommen.

Wir hatten weiter oben bereits darauf hingewiesen, dass der Versuch, einen drohenden Bevölkerungsrückgang durch eine gezielte Förderung von Einwanderungen nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie mit Maßnahmen zur Integration der Einwandernden verbunden wird. Nur wenn es gelingt, die Einwandernden in die Kulturgemeinschaft zu integrieren, wird die sonst drohende Gefahr von vermehrter Arbeitslosigkeit und überdurchschnittlichem Abgleiten in die Kriminalität dieser betroffenen Gruppen vermieden. Gelingt diese Integration nicht, so wird es auch schwierig sein, in der einheimischen Bevölkerung das Aufkommen von Fremdenhass zu verhindern.